

«Das System reagiert weniger als erwartet»

Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf zur Personenfreizügigkeit – und zu ihrer politischen Zukunft

Die Chefin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements ist überrascht, dass die Krise die Einwanderung nur langsam beeinflusst, hofft aber auf den Marktmechanismus. Folgeprobleme verneint sie nicht.

In zwölf von der Krise geprägten Monaten hat die Zahl der Personen aus der EU nochmals um 46 000 Personen zugenommen. War das zu erwarten?

Widmer-Schlumpf: Von Januar bis Ende Juli 2009 sind etwa 50 000 neue Zuwanderer aus EU- und EFTA-Staaten in die Schweiz gekommen. Das waren 24 Prozent weniger als in der gleichen Periode des Vorjahrs. Das System reagiert auf die angespannte Wirtschaftslage – allerdings später und weniger stark, als ich das erwartet hatte. Ich gehe aber davon aus, hoffe, dass die Einwanderung noch weiter zurückgeht. Voraussetzung, dass jemand eine Bewilligung erhält, ist nach wie vor, dass er eine Arbeit hat oder über genügend finanzielle Mittel verfügt, so dass er nicht sozialhilfeabhängig wird. Natürlich tragen auch die Arbeitgeber eine Verantwortung, diejenigen Leute zu beschäftigen, die bereits im Land sind und Arbeit suchen. Es gibt aber weiterhin noch Bereiche, in denen es Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte braucht, zum Beispiel im Gesundheitswesen sowie in gewissen naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. Für andere Berufszweige wiederum, wie beispielsweise den Tourismus oder das Gastgewerbe, wäre zu prüfen, ob offene Stellen nicht vermehrt mit arbeitslosen Menschen aus der Schweiz besetzt werden könnten.

Die Rückwanderung verändert sich offenbar in der Krise nicht.

Wer eine wenig qualifizierte Arbeit verloren hat, geht in der Regel nicht in sein Herkunftsland zurück. Es ist ja in den Ländern um uns herum derzeit auch ziemlich schwierig, eine Arbeit zu finden. Hochqualifizierte Personen finden hingegen vielleicht besser im Ausland eine Arbeit.

Einwanderung verstärkt die Knappheit an Wohnraum und die Konzentration in Ballungsräumen. Ist dies zu bewältigen, wenn es länger so weitergeht?

Es wird dafür wirklich eine Strategie brauchen. Die Bevölkerung der Schweiz hat im Unterschied zu anderen Ländern deutlich zugenommen. Dem muss man bei der Planung der ganzen Infrastruktur Rechnung tragen. Betroffen ist auch die Nachfrage nach Mietwohnungen und Wohneigentum. In den letzten Jahren der Hochkonjunktur wurde in der Schweiz aber auch viel gebaut. Es gibt zwar noch Gebiete, in denen problemlos gebaut werden könnte, ohne die Natur zu beeinträchtigen. Aber es ist eine Frage des Preises. Wenn zunehmend qualifizierte ausländische Arbeitskräfte hier leben, die gut verdienen und hohe Mieten oder den Erwerb von Wohneigentum zahlen können, wird es in grossen Agglomerationen für Menschen mit durchschnittlichem Einkommen schwierig. Diese Entwicklung haben wir noch nicht völlig im Griff.

Welche Möglichkeiten gibt es überhaupt noch, die Einwanderung so zu steuern, dass sie längerfristig von Gutem ist? Die Anwendung der Ventilklausel gegenüber der EU-15 scheint ja kaum mehr in Frage zu kommen.

Der Bundesrat hat sich in diesem und im letzten Jahr gegen die Anrufung der Ventilklausel ausgesprochen. Er muss im Mai 2010 erneut darüber entscheiden. Eine solche Anrufung der Ventilklausel wird aber immer schwieriger, und die Wirkung wird geringer. Bis 2014 ist die vorübergehende Rückkehr zur



Eveline Widmer-Schlumpf schaut dem Jahr 2011, wenn der Bundesrat neu gewählt wird, «gelassen entgegen».

TOMAS WÜTHRICH

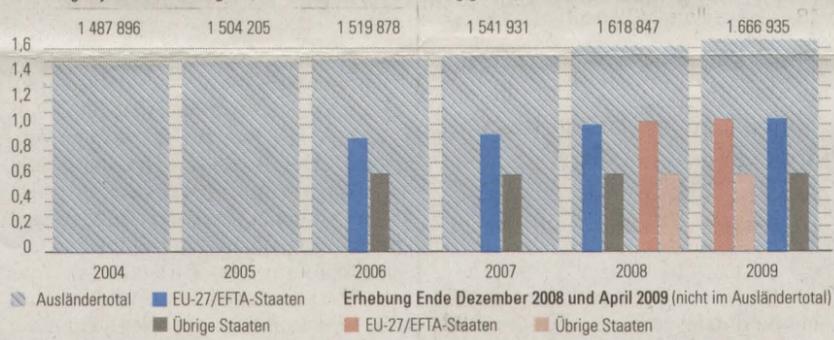
Kontingentierung erlaubt, wenn die Einwanderung stark zunimmt. Im letzten Mai wären bei der Vergleichsbasis auch zwei Jahre ohne volle Freizügigkeit berücksichtigt worden, das hätte einen «vernünftigen» Plafond ergeben. Wenn aber im nächsten Jahr zwei Jahre mit voller Freizügigkeit als Bemessungsgrundlage gelten, kommt man auf höhere Zahlen, so dass man sich fragen muss, ob sich die Anwendung der Ventilklausel effektiv noch auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Mein Departement hat den Auftrag, dies jetzt im Herbst und dann wieder im Frühjahr zu prüfen.

Sie sehen also keine Möglichkeit zur Steuerung mehr?

Bei den acht ostmitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten haben wir immer noch die Möglichkeit der Kontingentierung, des Inländervorrangs und der Kontrolle der Arbeitsbedingungen (bis 2011), ebenso für eine noch längere Zeit im Fall von Rumänien und Bulgarien (bis 2016). Diese Massnahmen muss man im Vollzug wirklich anwenden – eine Forderung, die sich auch an die Arbeitgeber richtet. Zudem hat man noch die allgemeine Schutzklausel als Notbremse. Wenn grosse wirtschaftliche und soziale Probleme entstehen, kann man die Zulassung wieder begrenzen. Aber ich nehme nicht an, dass eine solche Situation eintritt; es wird sich wieder einspielen.

Ausländerstatistik 2009

Erhebungen jeweils Ende August (ab Juni 2007 Personenfreizügigkeit mit der EU)



Kämen weitere Vorkehren wie die flankierenden Massnahmen in Frage?

Die flankierenden Massnahmen zum Schutz der Arbeitsbedingungen funktionieren gut, und sie reichen aus, wenn sich alle daran halten.

Nach der Wahl von Didier Burkhalter in den Bundesrat richtet sich der Blick bereits auf die Gesamterneuerungswahl 2011. Wie sehen Sie Ihre persönliche Zukunft und jene der Konkordanz?

Über meine politische Zukunft mache ich mir heute keine Gedanken, über jene meiner Partei, der BDP, aber sehr wohl. Ich verstehe Konkordanz seit je als Frage der Haltung und nicht als rein arithmetische Angelegenheit. Ich stehe

für eine inhaltliche Konkordanz ein, für die Bereitschaft, aus unterschiedlichsten Ansichten heraus Kompromisse und Lösungen zu finden.

Brigitta Gadiant hat als BDP-Fraktionschefin im Parlament aber einer arithmetischen Konkordanz das Wort geredet.

Ich respektiere, wenn Brigitta Gadiant ihre persönliche Haltung vertritt. Ich habe in dieser Frage aber wie erwähnt eine andere Meinung.

Unter welchem Titel hätte die BDP denn Anspruch auf einen Sitz 2011?

Von eigentlichem Anspruch kann nur sprechen, wer die Konkordanz rein arithmetisch betrachtet. Ich hoffe, dass

die BDP 2011 einen hohen Stimmenanteil erreicht, ihre Fraktion vergrössern kann und sich klar als Mittepartei positioniert. Die Frage wird sein: Wie viele Vertreter können die Rechte, die Linke und die Mitte in den Bundesrat entsenden? Und dann wird entschieden, wer im Bundesrat Einsitz nehmen soll. Welche Parteien Sitze erhalten, ist auch eine Frage der Zusammenarbeitsmöglichkeiten in der Mitte.

Welche Möglichkeiten zur Zusammenarbeit sehen Sie? Käme eine Fusion oder eine Fraktionsgemeinschaft in Frage?

Letztlich müssen diese Frage die Parteileitungen entscheiden. Es wäre aber etwas sonderbar, knapp ein Jahr nach der Gründung der BDP bereits über eine Fusion nachzudenken. In unseren Kernthemen Energie-, Sozial-, Gesellschafts- und Familienpolitik müssen wir als Kleinpartei aber Allianzen suchen. Berührungspunkte gibt es beispielsweise mit der CVP, der FDP und den Grünliberalen. Die Frage einer Fraktionsgemeinschaft wird nach den Parlamentswahlen aber sicher gestellt.

Wie gestaltet sich Ihr Verhältnis zur SVP heute?

Die SVP Graubünden wurde aus der Mutterpartei ausgeschlossen. Das war ein historisch einmaliger Vorgang, den ich so zur Kenntnis nehme und akzeptiere. Zu gewissen Parlamentarierinnen und Parlamentariern der SVP habe ich aber nach wie vor Kontakte. In verschiedenen Fragen gehen unsere Meinungen ja nicht diametral auseinander.

Sie wurden 2007 von SP und Grünen in den Bundesrat gewählt. Heute kündigen Ihnen die gleichen Leute die Unterstützung auf und bezeichnen Sie als «Blocher mit Anstand». Enttäuscht Sie das?

Als Politikerin muss ich das akzeptieren können. Die Vertreterinnen und Vertreter der SP und der Grünen wussten aber, dass sie mit mir eine bürgerliche Person wählen. Ich habe zwar eine «grüne Ader», aber als Bündner Finanzdirektorin setzte ich konsequent Sparmassnahmen um, womit ich mir nicht nur Freunde gemacht habe. Insofern war ich aber jedenfalls berechenbar.

Sie haben der BDP empfohlen, bei der Couchepin-Nachfolge nicht auf Ihre Person Rücksicht zu nehmen. Planen Sie bereits die Zeit nach dem Bundesrat?

Ich habe die BDP gebeten, ihre Politik nicht auf meine Person auszurichten. Bei der parteiinternen Diskussion um die Nachfolge von Bundesrat Pascal Couchepin wollte ich nicht Gegenstand der Diskussionen sein, deshalb bin ich auch den entsprechenden Fraktions-sitzungen ferngeblieben. Ich schaue dem Jahr 2011 gelassen entgegen.

Interview: nn., C. W.

Kein Platz für Politik im Fall Polanski

Aufregung um Roman Polanski: Er war schon oft in der Schweiz, und dies keineswegs klandestin. Wieso wurde er nicht früher verhaftet?

Widmer-Schlumpf: Weltweit sind Millionen von Haftbefehlen offen, alleine in der Schweiz sind es Zehntausende. Es ist nicht vorstellbar, dass die Polizei allen Haftbefehlen aus anderen Ländern aktiv nachgeht. Wenn aber die Polizei des Staates, der jemanden zur Verhaftung ausgeschrieben hat, zusätzlich zum Haftbefehl konkrete Informationen übermittelt, die eine Festnahme der gesuchten Person erlauben, hat die Polizei des Ziellandes zu handeln. Das darf auch die Schweiz von anderen Staaten erwarten, wenn sie jemanden zur Verhaftung ausgeschrieben hat. Dieses Prinzip ist eine wichtige Grundlage der internationalen Polizeikooperation. Würde es nicht eingehal-

ten, könnten sich gesuchte Personen systematisch der Justiz entziehen.

War der Haftbefehl oder das Auslieferungsgesuch in den vergangenen Monaten ein Thema bei Ihren Gesprächen in den USA?

Nein. Ich bin vom zuständigen Bundesamt für Justiz letzten Freitag gegen Abend über die Tatsache informiert worden, dass es am Wochenende zu dieser Festnahme kommen dürfte. Dass ich über eine Verhaftung überhaupt im Voraus informiert werde, ist eine Ausnahme. Das Bundesamt hat diese Ausnahme gemacht und mich informiert, weil es erkannte, dass es sich hier um einen besonderen Fall handelt, der Reaktionen auf der politischen – also meiner – Ebene auslösen dürfte. Unbeeinflusst davon lief daneben das polizeilich-juristische Verfahren weiter.

Musste man wirklich so «mechanisch» vorgehen – ohne Rücksicht auf die Reaktionen Frankreichs, der Filmszene und eines grossen Teils der Öffentlichkeit?

In polizeilichen und juristischen Verfahren ist, wenn sie einmal laufen, grundsätzlich kein Platz für politische Einflussnahme. Gegen Roman Polanski liegt wegen Missbrauchs einer 13-Jährigen ein gültiger Haftbefehl vor, die Polizei erhielt aus den USA präzise Informationen zum Ort und zum Zeitpunkt seiner Ankunft in der Schweiz; es gab keinen Grund, diesen Haftbefehl nicht zu vollziehen. Bei einem gültigen Schweizer Haftbefehl würden wir bei einer solchen Ausgangslage von jedem anderen Land dasselbe Vorgehen erwarten.

Die Fragen wurden schriftlich gestellt und beantwortet.

Weitere Artikel Seite 13

Ausländerzahl langsamer gewachsen

C. W. · Die Zahl der ausländischen Einwohner der Schweiz ist vom September 2008 bis zum August 2009 um 48 000 auf 1 667 000 Personen gestiegen (+3 Prozent). Der Anteil an der gesamten Bevölkerung beträgt nun 21,7 (Vorjahr: 21,3) Prozent. Die Zunahme beschränkt sich weitgehend auf Bürger aus EU- und EFTA-Staaten (+46 000), namentlich Deutsche und Portugiesen.

In der entsprechenden Periode vom September 2007 bis zum August 2008, kurz nach Einführung der vollen Personenfreizügigkeit mit der EU, hatte die Ausländerzahl noch um 77 000 Personen zugenommen. Die Einwanderung schwächte sich gegenüber der Vorjahresperiode von 162 000 auf 138 000 Personen ab. Die Rückwanderung blieb praktisch unverändert.